

der Außenpolitik der Zwischenkriegszeit, des Widerstandes und der nationalsozialistischen Judenverfolgung verfaßt haben.

Hermann Graml: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bedeutende politische Ereignisse verändern nicht nur Gegenwartsbild und Zukunftserwartung der Zeitgenossen, sondern auch ihre Wahrnehmung der Vergangenheit. Meist entfernt sich dabei die Wahrnehmung von der gewesenen Realität. So ist es nicht sonderlich überraschend, daß uns die Vereinigung der lange getrennten Teile Deutschlands eine Flut von ahistorischen Urteilen über die Geschichte sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokratischen Republik beschert, zumal hier Emotionen im Spiele sind, die mit einer wohl nicht zu unterdrückenden Gier nach neuer Deutung der Vergangenheit verlangen. Gerade die entscheidenden Bedingungen der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg drohen aus dem Blick zu geraten. So führt die Vorstellung in die Irre, die Wahl anderer als der tatsächlich beschrittenen Wege sei für die Deutschen im Grunde eine Willensfrage gewesen. Zumindest im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende stand die politische Entwicklung in Deutschland in Wirklichkeit unter Gesetzen, die den Deutschen die Freiheit der Entscheidung zunächst vollständig und dann noch eine ganze Weile fast vollständig nahmen.

Die deutsche Nachkriegsgeschichte beginnt ja nicht mit der Bildung zweier deutscher Teilstaaten im Herbst 1949; sie beginnt vielmehr am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr, als Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, im Hauptquartier von General Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der westlichen alliierten Streitkräfte in Europa, die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht unterzeichnete. Der Anlauf des nationalsozialistischen Deutschland unter Hitler, vorerst Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen und ein auf die Landmasse zwischen Atlantik und Ural gestütztes Imperium zu errichten, war definitiv gescheitert, damit auch der nationalsozialistische Versuch, Liberalismus und Parlamentarismus in Europa zu beseitigen, alle Erscheinungsformen des Sozialismus und eines Kommunismus marxistischer Observanz zu vernichten und an ihre Stelle einen Totalitarismus biologisch-rassistischer Prägung zu setzen. Zugleich machte die Kapitulation jede Fortsetzung des mit den beiden ersten Zielen aufs engste zusammenhängenden nationalsozialistischen Ausrottungsfeldzugs gegen die im deutschen Macht- und Einflußbereich lebenden Juden unmöglich. Nach langen Jahren der politischen und dann zunächst auch militärischen Defensive hatten die parlamentarischen Demokratien des Westens und die stalinistische Sowjetunion nicht nur ihre Existenz behauptet, sondern einen totalen Sieg errungen.

Als sofortige politische Folge der Kapitulation erlosch zunächst einmal sogar die staatliche Existenz Deutschlands. Die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen nun die in Europa dominierenden Mächte der Alliierten: Großbritannien, Sowjetunion, USA und Frankreich. Mit einer am 5. Juni 1945

veröffentlichten Proklamation stellten die vier Mächte die Übernahme offiziell fest; als Regierung des total besetzten und in vier Besatzungszonen geteilten deutschen Territoriums sollte der Alliierte Kontrollrat in Berlin fungieren, der aus den vier Oberbefehlshabern der in Deutschland stationierten Besatzungstruppen bestand. Mit diesem Akt setzten die Alliierten ihre Entschlossenheit in die Tat um, neben der militärischen zugleich die unumschränkte politische Verfügungsgewalt über Deutschland zu beanspruchen. Der Anspruch wiederum folgte aus einem Sicherheitsbedürfnis, das durch den erneuten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ aufs äußerste gereizt worden war und jetzt nach totaler Befriedigung verlangte. Erbittert durch die außerhalb der deutschen Grenzen nirgends ernstlich bezweifelte Verantwortung Deutschlands sowohl für den Ersten wie für den Zweiten Weltkrieg und tief erschreckt durch die Kraftentfaltung, zu der sich die deutsche Gesellschaft in beiden Kriegen fähig gezeigt hatte, stimmten in allen Siegermächten Bevölkerung und Politiker vorerst darin überein, daß brutaler Expansionismus ein Wesensmerkmal deutscher Politik sei und daß gegen eine Aggressivität, der ein so bedeutendes Potential zur Verfügung stehe, außergewöhnliche Vorkehrungen getroffen werden müßten. Die Verbrechen, die von den Organen des NS-Regimes in allen während des Krieges besetzten Ländern verübt worden waren, wirkten als zusätzliches Stimulans des Sicherheitsbedürfnisses und lieferten der Anwendung nahezu jeglicher Befriedigungsmittel das erforderliche gute Gewissen, wie die Abtrennung großer Teile Ostdeutschlands und die Vertreibung der Masse der Deutschen aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Rumänien, ja sogar aus den von der Sowjetunion und Polen annektierten ostdeutschen Gebieten klar genug zeigten. Doch hielten sich die Alliierten nicht nur für berechtigt, die Grenzen Deutschlands nach eigener Machtvollkommenheit festzulegen; sie fühlten sich überdies berechtigt und im Interesse des Weltfriedens sogar verpflichtet, über die internationale Orientierung wie auch über die grundlegenden inneren Ordnungsprinzipien eines deutschen Staates oder mehrerer deutschen Staaten zu bestimmen.

Der politische Wille der Deutschen und deutsche politische Interessen konnten zunächst allenfalls eine sekundäre Rolle spielen, konnten bestätigend oder passiv ablehnend wirken. Die Deutschen waren vorerst, ob im Osten oder im Westen, nicht imstande, aus ihrer Abhängigkeit hervorzutreten – nicht allein aufgrund der tiefen physischen und mentalen Erschöpfung, in der sich die Nation nach einem langen Krieg befand, und nicht allein aufgrund der politischen Apathie, die dem lange anhaltenden Schock einer totalen politischen und militärischen Niederlage folgte, sondern doch auch aufgrund der bald eine wachsende Anzahl der Deutschen beeinflussenden Einsicht, daß jedenfalls für eine Weile die Nation fremde Führung verdiente, ja ihrer sogar bedürftig war, weil sie mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen